

[Download] Lobbyismus und Rentenreform: Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung

Lobbyismus und Rentenreform: Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung

Von Diana Wehlau

ePub | *DOC | audiobook | ebooks | Download PDF



[Download](#)

[Read Online](#)

Produktinformation -Verkaufsrank: #860537 in eBooksVerffentlicht am: 2009-04-09Erscheinungsdatum: 2009-04-09File Name: B00AV3Z074 | File size: 71.Mb

Von Diana Wehlau : Lobbyismus und Rentenreform: Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung before purchasing it in order to gage whether or not it would be worth my time, and all praised Lobbyismus und Rentenreform: Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung:

Kundenrezensionen
Hilfreichste Kundenrezensionen
13 von 14 Kunden fanden die folgende Rezension hilfreich.

Partikularismus und Demokratie
Von A. Leipold
Wehlau legt mit dieser Studie nicht nur eine weitere Dissertation über ein sozialwissenschaftliches Thema vor, sondern zeigt den inneren Konnex von wirtschaftlichen Interessen und politischer Steuerung sehr konkret am Beispiel der Rentenreform der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung um 2001 auf. Dabei muss gleich hinzugefügt werden, dass eine alleinige Einschränkung der Rentenreform auf ihren Namensgeber und damit die Fraktionen von SPD und Grünen, zu kurz greift, denn eine solche Umsattelung des Sozialversicherungssystem ist nur im Rahmen zustimmungspflichtiger Gesetzgebung herzustellen: im Bundesrat konnten demnach die Oppositionsfraktionen von CDU/CSU und FDP entscheidende Verschiebungen am Gesetz durchführen. Dies ist gerade für das historische politische Gedächtnis der Republik entscheidend, da das Ende der ersten Legislatur unter Rot-Grün sowie die 2002 nur knapp (aufgrund des Irakkrieges) gewonnene Bundestagswahl stellvertretend für eine bestimmte Sozialphilosophie, aber auch bestimmte Konstellation politischer Interessen und Akteure steht: Die konservativ-liberale Opposition vermochte es in der Phase der grünen Kritik gegenüber dem Regierungsstil Schröders (wohlgemerkt noch vor der 'Agenda 2010') entscheidende eigene Politikinhalt durchzusetzen, hingegen der Wahlbevölkerung völliges Versagen der rot-grünen Regierung vorzuhalten. Was auch Sicht einer funktionierenden Demokratie berechtigt scheinen mag, überrascht umso mehr, denn die zweite Legislatur stand demnach unter eindeutigen Zeichen (Staatsverschuldung, innenpolitische Probleme, zunehmender Reformbedarf in der gesamten Sozialversicherung wegen vermeintlicher demografischer Effekte, eine katastrophale Arbeitsmarktpolitik mit dem Konstrukt 'Hartz IV' als bis heute nachwirkendes Resultat). Die angesprochene Sozialphilosophie war jene des Neoliberalismus als einer spezifischen wirtschaftspolitischen Ausrichtung des Regierungshandelns, das bei Vertretern des sog. Sachverständigenrates der Bundesregierung für wirtschaftliche Fragen in der Form der wissenschaftlichen Politikberatung diskursiv untermauert worden war. Jene Philosophie des Neoliberalismus steht zwar seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007ff. (je nach Bewertung bis 2009 oder auch heute, wenn man die horrend gestiegene Staatsverschuldung auf die Bankenrettungsprogramme der Regierung zurückführt) in der Kritik, hat sich jedoch im Wesentlichen nicht verabschiedet. Der Neoliberalismus steht dabei nur stellvertretend für ein spezifisches Produktions- und Regulationsmodell, das im Kern auf der Rekommodifizierung von Arbeitskraft (also der Vermarktlichung weitgehend sozialpolitisch abgesicherter Arbeitsverhältnisse), dem gleichzeitigen Auslagern weiterer Teile staatlicher Aufgabenerfüllung (sog. Outsourcing) sowie der festen Installation privater Versorgungsdienstleistungen als zusätzlicher Säule zur Sozialversicherung, besteht. Interessant ist nun, mit welchem Aufwand seinerzeit versucht worden war, Partikularinteressen im Gesetzgebungsprozess einzubinden und Gesetze nach bestimmten Interessen hin auszufertigen. Freilich ist nicht erst die Intervention von sog. Lobbys zu kritisieren, sondern bereits der Auftakt zur Gesetzgebung, die unter dem Begriff der Reform zumindest moralisch verbrämt daherkam (für die zahlreichen "Gesundheits"- und "Steuerreformen" ließe sich Ähnliches nachweisen). Zunächst wurde das wirtschaftspolitische Handeln auf Angebotsorientierung umgestellt, wobei zentraler Kritikpunkt die einerseits zu hohen "Lohnzusatzkosten" waren (im Grunde nichts anderes als die in Form tariflicher oder sonstiger gesetzlicher Gewährleistung zugesicherten Ansprüche auf Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung; Kern des Sozialstaatsprinzips gemäß Grundgesetz), andererseits eine Alterung der Gesellschaft dafür verantwortlich gemacht wurde, die Finanzierung der gesetzlichen Rente durch ein kapitalmarktorientiertes Verfahren umzugestalten, vielmehr vollends zu verwerfen. Zynisch betrachtet hatte die Einführung der Riesterrente (deren versicherungsmathematische Eskapaden inzwischen durch diverse journalistische Veröffentlichungen aufgezeigt worden sind) tatsächlich eine Erforderlichkeit: aufgrund des Umbaus der Rentenformel und Abkoppelung von der Produktivitätsentwicklung sinkt der Anspruch mit fallenden Löhnen in naher Zukunft drastisch. Mit einem Durchschnittsgehalt werden künftig Renten auf Sozialniveau zu erwarten sein. Um dies zu umgehen wird in der Tat eine private Vorsorge erforderlich. Dies aber nur, weil einerseits das in Deutschland herrschende Lohnniveau seit gut einer Dekade unterirdisch sich entwickelt (es ist damit auch verantwortlich für die geringen Arbeitskosten, die bei der Herstellung von Exportgütern anfallen, also eine Verbilligung der Weltmarktpreise nach sich ziehen und Exporterfolge zu Lasten der Abnehmerstaaten entstehen lassen; ein Grund für die Staatsschuldenkrise sind ja bekanntlich negative Handelsbilanzen). Zum zweiten unterstellt der Diskurs der Demografie eine nur gleichbleibende Produktivität der Arbeit: die ermittelten Zahlen in den Planspielen befängener Versicherungsmathematiker sind insoweit ideologisch blind, da sie Produktivitätssteigerung als irrelevanten Bestandteil der Lohnsumme behandeln. Klar ist indessen, dass diese zusammen mit der jährlichen Inflationsrate den sog. verteilungsneutralen Spielraum bei Lohnverhandlung darstellen (Inflation + Produktivität = unschädlicher Lohnzuwachs). Angesichts einer strukturellen Arbeitslosigkeit, die seit Jahren durch eine Ausweitung des Niedriglohnssektors politisch flankiert wird, ergeben sich nicht nur Ungleichheiten in der Einkommens-, sondern weitaus dramatischer auch in der Vermögensentwicklung (entsprechende Zahlen liefert das DIW). Beide Ungleichheiten führen dazu, dass enorme Liquidität in nicht mehr oder nur minder rentable Anlageformen fließen soll, damit den Druck auf Unternehmungen zur höheren Eigenkapitalrendite erhöht. Dies wird seit Jahren nur durch einen Druck auf die Löhne erzielt. Niedrige Löhne wiederum verneinen private Vorsorge und legen den Grundstein für Altersarmut. Der von Wehlau dargelegte Einfluss der privaten Versicherungswirtschaft auf Bereitstellung von immer neuen Policen, mag für jene Anbieter für bestimmte Zeit zusätzliche Einnahmen versprochen haben. Und in der Tat sind

wir tagtäglich der ideologisch aufgeladenen Werbung der Privatversicherungen ausgesetzt. Dennoch ist die Privatisierung der Sozialversicherungssysteme nicht nur kein umkehrbarer Prozess, sondern grosso modo auch mit verantwortlich für die Krise der kapitalistischen Reproduktion seit 2007. Das in privaten Rentenfonds gesammelte Anlagekapital muss sich international verzinsen, wird verbrieft, dient als Hebel für Kreditversicherungen und Derivate, deren Anfälligkeit bei ausbleibenden Gewinnen der jeweiligen Investitionsobjekte offenkundig geworden ist. Die regulatorische Alternative bildet derzeit zunächst nur eine Ausweitung der Besteuerung auf gewachsene Vermögen, eine expansive Lohnpolitik sowie eine weitgehende Integration aller Einkommensarten in eine solidarische Brgerversicherung (für Gesundheit und Rente). Wehlaus Verdienst ist es, in das Interessengeflecht und die sehr klar formulierten politischen Interessen Licht zu bringen und damit einem derzeit wenig beforschten Gebiet neue Anreize zu verschaffen. Die als Sachzwang verkaufte Renovierung der Sozialversicherung muss demnach als klares Umverteilungsprojekt verstanden werden, das die Frage aufwirft, inwieweit Partikularismus - also die allgemeingültige Durchsetzung von Einzelinteressen - mit einer Demokratie vereinbar ist oder nicht.⁵ Von 6 Kunden fanden die folgende Rezension hilfreich. TOP Von MT Abhängig vom eigentlichen Thema, dem Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche, ist das Buch ein Meisterwerk an Informationen zur Rentenreform 2001. Vorgeschichte, Rentensystem, internationaler Diskurs und v.a. der Aushandlungsprozess, personelle Faktoren, kurzum alles, was für das Entstehen der Policy relevant ist, wird hier brilliant und tiefbearbeitet.

Kurzbeschreibung Mit der Teil-Privatisierung der Alterssicherung markiert die Rentenreform 2001 einen Systembruch in der deutschen Rentenpolitik. Zweifelsohne profitieren insbesondere Banken, Versicherungen und Investmentfonds von diesem rentenpolitischen Paradigmenwechsel. Deren Gewinnaussichten haben sich infolge der Leistungskürzungen bei der gesetzlichen Rente und der Förderung der privaten Riester-Rente massiv verbessert, so dass sich unweigerlich die Frage nach dem Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche im Politikfeld Alterssicherung stellt. Im Zentrum der vorliegenden Arbeit stehen der Zugang der zentralen Akteure der Finanzbranche zum rentenpolitischen Policy-Netzwerk sowie deren lobbyistischen Aktivitäten und Beziehungsstrukturen. Die empirischen Befunde zeigen den Einfluss privatwirtschaftlicher Verbände und Groununternehmen auf und erklären, warum die Teil-Privatisierung der Alterssicherung in Deutschland überhaupt politisch durch- und umgesetzt werden konnte. Pressestimmen "Diana Wehlauf [hat sich den Lobbyisten] in einer spannend zu lesenden Studie am Beispiel der jüngsten Reformen der Alterssicherung gewidmet." Ver.di Publik, 6/7-2009 "[...] die Arbeit [stellt] zweifellos einen originellen Beitrag für die Alterssicherungsforschung dar, weil erstmals der spezifische Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Rentenreform 2001 detailliert untersucht wird." Deutsche Rentenversicherung, 3-2009 "Das Thema Alterssicherung in Deutschland ist zwar bislang gut erforscht, aufgrund des permanenten Wandels des Rentensystems bestehen dennoch offene Fragen, vor allem hinsichtlich der Einflussnahme von Interessenvertretern auf die Reformprozesse des Rentenmodells. Mit ihrer logisch aufgebauten, wissenschaftlich fundierten und detaillierten Studie bietet die Autorin einen Erkenntnisgewinn für die Politikwissenschaft, insbesondere für den Bereich der Interessenvertretung." www.zpol.de (Zeitschrift für Politikwissenschaft), 24.03.2009 **Werbetext** Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung